Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 40 Pf.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Zeitausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden.** Altmarkt 2.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg. Zu Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2090.

Reinhardt Leupolt, Gummi-Werk
26 Wettinerstr. DRESDEN Wettinerstr. 26
empfiehlt
sämmtliche technische u. chirurgische Bedarfsartikel.
Ausstellung Zittau 1902 mit der Goldenen Medaille prämiirt.

BERNHAR SCHÄFER
Z. PRAGER-STR. 7.
HOCHZEITS GESCHENKE

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Bruchbänder und Leibbinden sowie alle sonstigen Bandagen u. Artikel zur Krankenpflege empfiehlt **Carl Wendschuch's Etablissement** **Struvestrasse 11.**

Nr. 313. Spiegel: Lage in Oesterreich. Hofnachrichten. Staatsbahnabschlüsse, Militärpensionen, Reuningstiftung, Leipziger Schillerfeier, Gerichtsverhandlungen, Lotteriegewinne. | Wahrscheinl. Witterung: **Heiter und warm.** | **Mittwoch, 12. November 1902.**

Zur innerpolitischen Lage Oesterreichs.

Der Wiener Reichsrath theilt das Schicksal des deutschen Reichstages: auch dort geht die Obstruktion um, nicht zwar jene grobe, gewaltsame Art, die seit den unseligen Badeni'schen Sprachenverordnungen so oft im österreichischen Abgeordnetenhause geübt worden ist, sondern die feinere Nummer, die die parlamentarischen Formen aufrecht erhält und die Verhandlungen nicht schlechtweg unmöglich macht, aber nur solche nicht zuläßt, die der Erledigung der eigentlichen parlamentarischen Arbeiten dienen. Es ist diejenige Obstruktionstaktik, welche die parlamentarische Maschinerie weiter klappern läßt, um die Arbeitsfähigkeit der Volksvertretung zu verhindern. Aus sogenannten Dringlichkeitsanträgen haben im Reichsrathe die Czechen eine Barrikade aufgebaut, durch die der Zugang zur Tagesordnung verrammelt ist, und sie drohen nun, diese Barrikade nicht eher wegzuräumen, vielmehr die entstehenden Lücken so lange auszufüllen, bis das Ministerium ihren Forderungen Rechnung getragen hat.

Ob diese Drohung ernst gemeint ist, ob die Czechen wirklich fest entschlossen sind, die Obstruktion bis zu Ende zu führen, so daß die Regierung die Unmöglichkeit erkennt, mit dem Parlamente die dringlichen Aufgaben zu erledigen, steht freilich noch dahin. Es ist keine leichte Verantwortung, welche die Czechen mit einer solchen Obstruktionspolitik auf sich nehmen müßten. Auch im czechischen Volke giebt es heute Strömungen, die keine ungetrübte Freude mehr daran haben, sich den Parlamentarismus auf's Neue verekeln zu lassen, sondern die am eigenen Leibe zu fühlen beginnen, wie schwer die materiellen Interessen auf die Dauer unter einer Parteipolitik zu leiden haben, welche die wirthschaftliche Wohlfahrt den nationalen Forderungen zum Opfer bringt. Was jüngst der deutschliberale Abg. Dr. Lecher dargelegt hat, verliert auch vom czechischen Standpunkt seine Beweiskraft nicht. Dieser Parlamentarier wies darauf hin, daß die Obstruktion, die das Zustandekommen eines neuen autonomen Zolltarifs verhindert, angesichts des zu einer so großen handelspolitischen Campagne gerüsteten Europa eine zu gefährliche Waffe darstelle, als daß sie angewendet werden dürfe. Durch die Obstruktion würde Oesterreich dem Auslande gegenüber wehrlos gemacht werden; denn wenn Hopfen, Malz, Bier, Eier, Holz, Butter, Vieh, Fleisch, Mehl und Getreide, wenn alle die Industrieprodukte, die heute ihren Weg in das Ausland finden, nicht mehr oder unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen exportirt werden könnten, dann stünden wirthschaftliche Lebensfragen so weiter Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität in Frage, daß demgegenüber alle politischen und nationalen Bestrebungen verschwinden müßten.

Die Obstruktionstaktik der Czechen soll das Kabinet Koerber ihren nationalen Ansprüchen willfährig machen. Sie stellt einen Erpressungsversuch dar. Die Regierung befindet sich insofern in einer schwierigen Situation, als es überaus wichtige Aufgaben sind, deren baldige Erledigung auf parlamentarischem Wege ihr am Herzen liegt. Vor Jahresschluß soll noch das Budgetprovisorium und die neue Wehrvorlage durchberathen werden und der Lösung harrt noch immer die österreichisch-ungarische Ausgleichsfrage. Die czechische Hauptforderung betrifft die Einführung der czechischen Sprache in den inneren Dienst. Sie soll vor allen Verständigungsaktionen in der böhmisch-mährischen Sprachenfrage eingeräumt werden. Es liegt aber auf der Hand, daß die Gewährung dieser Forderung einfach aus dem Grunde unmöglich ist, weil sie zwar die czechische Obstruktionspolitik beseitigen, damit aber nicht zugleich die parlamentarische Arbeitsfähigkeit herstellen würde. Denn in demselben Augenblick, in dem den Czechen auf dem Wege einer neuen Sprachenverordnung die innere czechische Amtssprache bewilligt wäre, träte an die Stelle der Obstruktion der Czechen die der Deutschen und Herr von Koerber geriethe aus der Scylla in die Charybdis. Das wissen auch die Czechen nur zu gut und darum liegt der Verdacht nahe, daß ihr Obstruktionsverfahren eine Komödie ist und daß sie schon zufrieden sind, wenn deren Effekt darin besteht, daß ihnen etliche weniger hervorragende Postulate nationaler Art gewährt werden. In der Prager „Bohemia" wurde kürzlich die Forderung der czechischen inneren Amtssprache mit den Manipulationen gewisser Theaterdirektoren in den Sommerfrischen vergleichen. Haben sie einen beliebten Gast, so heißt es nach drei Vorstellungen: „Letztes Auftreten!" Dann kommt das „unwiderruflich letzte Auftreten", dann das „allerletzte Auftreten", und dann tritt der Gast „auf allgemeines Verlangen" noch dreimal auf, und so fort mit Grazie in infinitum. Seit fast drei Jahren erklären die Czechen jedes halbe Jahr, nunmehr sei ihre Forderung der inneren czechischen Amtssprache nicht mehr zu vertagen, und immer wieder haben sie sie gegen kleinere Baarzahlungen und größere Versprechungen vertagt. Wenn nun heute die Czechen sagen, daß das unwiderruflich letzte Auftreten dieser Forderung gekommen sei, daß jetzt liquidirt werden müsse, wenn nicht das Parlament in Stillstand kommen solle, so kann man es ihnen erst recht nicht glauben. In der letzten Reichsrathssitzung hat der jungczechische Führer Dr. Kramarz erklärt: „Wir sagen offen: Wir werden, so lange uns nicht unser Recht gegeben wird, das hemmende Element der Arbeit in diesem Hause sein. Wie wir es machen werden, ist unsere Sache. Wenn Sie glauben, daß Sie mit uns fertig werden, versuchen Sie es; wir sind überzeugt, daß Sie es nicht zu Stande bringen." Der Charakter dieser Drohungen wird sich ergeben, wenn die Probe auf die Echtheit der czechischen Obstruktionsabsichten wirklich gemacht werden wird, wenn die Czechen vor der Alternative stehen, den Weg zur Erledigung der dringlichen Aufgaben freizugeben oder das Hinderniß zu sein, daß der autonome Zolltarif fertiggestellt und der österreichisch-ungarische Ausgleich in der vorgeschriebenen verfassungsmäßigen Weise zu Stande gebracht wird. Die Position, in die sich die Czechen als Obstruktionspartei setzen, ist ungleich bedenklicher und gefahrvoller für sie, als der Rückzug, den sie antreten, wenn sie rechtzeitig einschwenken und sich der Verständigung zugänglich zeigen.

Immerhin sind es kritische Momente, die Ministerpräsident Dr. von Koerber zu überwinden hat, um die Bahn von den czechischen Obstruktionsgelüsten zu säubern. Eine Klärung der Situation wird voraussichtlich die bevorstehende erneute Aussprache des Kabinetschefs zur böhmisch-mährischen Sprachen-Angelegenheit herbeiführen. Vorläufig liegt noch kein zwingender Grund zu pessimistischen Auffassungen vor, wie sie sich in den Gerüchten von einer Parlamentsauflösung oder einer Ministerkrisis widerspiegeln. Das einzige Mittel, um das Parlament von jedweder Obstruktion zu befreien, kann nur die Verständigung sein. Herr Dr. von Koerber soll nach der letzten Sitzung des Reichsrathes gesagt haben: „Mit diesem Haus kann ich nicht arbeiten!" Wenn dieser Ausspruch durch einen Appell an die Wähler alsbald zur Wahrheit wird, so würde dies nur eine Vertagung der Verständigung bedeuten, die auch in einem neugewählten Parlamente unabweisbar bleibt, wenn mit ihm gearbeitet werden soll. Offenbar hat der Koerber'sche Ausruf nur den Zweck, den Parteien den Ernst der Situation vor Augen zu führen. Wie die Verständigung angebahnt und durchgeführt werden soll, das freilich bildet zur Zeit die schwierigste aller Fragen. Der Führer des verfassungstreuen böhmischen Großgrundbesitzes, ehemaliger Handelsminister Dr. Baerenreither, hat in der letzten Sitzung des Reichsrathes sehr eindringlich zur Verständigung gemahnt. „Wir können nicht mehr warten", sagte er. „Was wir brauchen, ist heute der Muth der Verantwortung, ist der Muth, gewisse Abmachungen zu treffen und für diese Abmachungen auch einzustehen. Und das ist der einzige Weg, um dieses Haus durch das Zusammenwirken aller Jener, welche ihren Wünschen Zügel anlegen können, aus seinem Niedergange zu befreien. Wenn es möglich wäre, die Abgrenzung des Sprachenstreites zu erreichen, wäre der erste Schritt damit geschehen, daß wir weg von der dürren Heide gelangen, auf der wir von einem bösen Geiste im Kreise herumgeführt werden. Es ist meine Hoffnung, daß Oesterreich in einer Zeit, wo ein ganz besonders lebendiger Strom der Thatkraft durch die ganze Welt geht, nicht daliegt, wie eine todte Insel." Wie aber diese Hoffnung verwirklicht werden soll, hat auch Dr. Baerenreither zunächst nicht anzugeben vermocht. „Jeder sagt, die Verhältnisse sind unhaltbar, aber für die Brücke, die in unser Aller Interesse geschlagen werden soll, findet Niemand einen Plan."

Von der bevorstehenden Rede des Ministerpräsidenten Dr. von Koerber erwartet man, daß sie einen neuen Versuch bietet, zu einer Verständigungsaktion zu gelangen, die über die eingetretenen parlamentarischen Schwierigkeiten hinweghilft. In den nächsten Tagen soll beabsichtigt werden, die Tagesordnung zunächst für die erste Lesung der Wehrvorlage frei zu machen. Ob dies gelingt, wird davon abhängen, welche Wirkung die neue Aussprache des Kabinetschefs ausübt.

Neueste Drahtmeldungen vom 11. November.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Berathung des Zolltarifgesetzes wird mit den noch ausständigen Abstimmungen zu § 5 fortgesetzt. Zunächst wird in namentlicher Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag zu Ziffer 12, von der Zollfreiheit für Schiffsausrüstungsmaterialien alle Luxusschiffe auszuschließen, mit 193 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt werden ferner ein Antrag Müller-Meiningen zu Ziffer 12, die Zollfreiheit auch allgemein auf Materialien zur Ausübung des Fischereigewerbes zu erstrecken, mit 180 gegen 70 Stimmen, und ein sozialdemokratischer Antrag, Garne zollfrei zu lassen, die von Fischern zur Herstellung von Netzen für den eigenen Gebrauch verwendet werden, mit 184 gegen 72 Stimmen. § 5 wird sodann in seiner Gesammtheit unverändert nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Von § 6 hat die Kommission den ersten Satz gestrichen, demzufolge im Tarif nicht besonders genannte Waaren dem Zolle der ihnen nach Beschaffenheit und Verwendungsart nächstverwandten Waaren unterliegen sollen. — Abg. v. Wangenheim beantragt, diesen Satz wieder herzustellen, indem er Bezug nimmt auf die sich häufenden technischen usw. Neuheiten. — Abg. Pachnicke (freis. Ver.) beantragt dagegen, in Absatz 1 ausdrücklich festzulegen, daß im Tarif nicht besonders genannte und auch in keiner Tarifstelle einbegriffene Waaren zollfrei sind, eventuell für den Fall der Annahme des Wangenheim'schen Antrags soll die Aufgabe, die nächstverwandte Waare und den demgemäß zu erhebenden Zollsatz zu bezeichnen, dem Bundesrathe zugewiesen werden. Ueber die betreffende Entschließung des Bundesraths soll aber dem Reichstage das Kontrolrecht zustehen, sie soll also, wenn der Reichstag nicht zustimmt, wieder außer Kraft treten. — Staatssekretär v. Thielmann hält es unbedingt für nothwendig, über die Zollverhandlung der neuen, in diesem Tarife noch nicht enthaltenen Waaren überhaupt eine Entscheidung zu treffen und bittet deshalb, den Antrag Wangenheim anzunehmen, aber ohne den Eventualzusatz Pachnicke. — Abg. Spahn (Centr.): Der Satz sei überflüssig, denn wenn neue Waaren auftauchten, so verstehe es sich von selbst, daß über die Einreihung dieser Waaren in den Tarif eine vorläufige Entscheidung von den Zollbehörden getroffen werden müsse. — Abg. Stadthagen (Soz.) hat gegen die Annahme des Antrags Pachnicke nichts einzuwenden, hält es aber nicht für unbedingt nöthig, eine solche ausdrückliche Bestimmung zu treffen. Bleibe der Satz einfach gestrichen, so habe es ja auch bei den bestehenden Bestimmungen des Vereinszollgesetzes sein Bewenden, wonach nur verzollt werde, was im Tarife stehe. — Abg. Dr. Paasche (nat.-lib.) tritt für den Kommissionsantrag ein. — Der Hauptantrag Pachnicke wird mit 179 gegen 76 Stimmen abgelehnt. Auch der Eventualantrag Pachnicke, sowie der Antrag Wangenheim werden abgelehnt. Der Satz bleibt also, dem Kommissionsantrage entsprechend, gestrichen. § 7 wird debattelos angenommen. § 7a, der von der Kommission neu eingefügt ist, bestimmt, daß bei der zollamtlichen Abfertigung einer Waare die je nach ihrem Herstellungslande einer unterschiedlichen Zollbehandlung unterliegenden Ursprungserklärungen bezw. Nachweise auf Erfordern beizubringen sind. Ein Antrag Brömel will § 7a ganz streichen, event. aber die über die Ursprungserklärungen zu erlassenden bundesräthlichen Bestimmungen dem Reichstage vorgelegt, und sofern dieser ihnen nicht zustimmt, außer Kraft gesetzt wissen. Ein Eventualantrag Gothein will die Bestimmung des § 7a von dem Ermessen des Bundesraths abhängig machen. — Direktor Wermuth vom Reichsamt des Innern erklärt sich sowohl mit der gänzlichen Streichung des Paragraphen, wie allenfalls auch mit dem Antrag Gothein einverstanden, nicht aber mit dem Antrag Brömel. — Abg. Molkenbuhr (Soz.) schildert die Schereien, die mit dem Verlangen nach Ursprungsnachweisen verknüpft sein würden. Deshalb wollten seine Freunde prinzipiell Wegfall des § 7a, mindestens aber, daß der Reichstag endgiltig über Inhalt und Form solchen Nachweiszwanges entscheide. — Abg. Spahn (Centr.) tritt dagegen für den Kommissionsbeschluß ein. — Abg. Semmler (nat.-lib.) giebt dem Antrage Gothein den Vorzug, da dieser hinsichtlich der Ursprungszeugnisse keinen Zwang ausspreche, sondern das Erforderniß solcher Nachweise im gegebenen Falle in das Ermessen des Bundesraths stelle. — Abg. Brömel (freis. Vereinig.): § 7a bedroht die gewerblichen Kreise mit großer Belästigung. Auf jeden Fall müsse mindestens sein Eventualantrag angenommen werden, um die Rechte des Reichstags in allen Zollfragen zu wahren. — Hanseatischer Bundesbevollmächtigter Dr. Krüger giebt zu, daß es in einzelnen Fällen erwünscht sei, einen Staat zolltarifarisch zu differenziren, aber das gehe auch ohne Ursprungszeugnißzwang, wie die Vergangenheit lehre. — Abg. Speck (Centr.) bestreitet, daß § 7a in der Kommissionsfassung den Bundesrath in Bezug auf die Ursprungszeugnisse binde; nur der Deklarationszwang sei darin ausgesprochen, wohingegen der Nachweiszwang nur auf Erfordern vorliegen solle und dem Bundesrathe die näheren Bestimmungen überlassen sein sollen. Für den Antrag Gothein stimmt nur die ganze Linke mit Ausnahme des kleineren Theiles der Nationalliberalen. Der Antrag wird also abgelehnt. — Der Brömel'sche Eventualantrag wird gleichfalls, und zwar in namentlicher Abstimmung, mit 189 gegen 71 Stimmen abgelehnt. Der somit unverändert gebliebene § 7a der Kommission wird dann in namentlicher Abstimmung mit 182 gegen 71 Stimmen angenommen. — § 8 handelt von der differenziellen Behandlung der Waaren aus Ländern, welche deutsche Waaren und Schiffe ungünstiger behandeln, als solche aus anderen Ländern. Nach Absatz 1 soll gegenüber Waaren aus solchen Ländern ein Zollzuschlag bis zum doppelten Betrage des tarifmäßigen Zolles oder bis zur Höhe des vollen Werthes erhoben werden können. Zollfreie Waaren sollen mit einem Zolle bis zur Hälfte des Werthes belegt werden können. Ein Antrag Pachnicke will hier die Verzollung bis zur vollen Höhe des Werthes streichen. Ein Antrag Gothein will den Zollzuschlag auf den einfachen vollen Betrag des tarifmäßigen Zolles begrenzen und bei den zollfreien Waaren einen Zoll nur bis zu einem Fünftel des Werthes eintreten lassen. Ein sozialdemokratischer Antrag will die Zollzuschläge an die Voraussetzung knüpfen, „soweit nicht vertragsmäßige Bestimmungen entgegenstehen". Der von der Kommission neu eingefügte Absatz 2 bestimmt: Auch können, soweit nicht vertragsmäßige Bestimmungen entgegenstehen, ausländische Waaren denselben Zöllen und Zollabfertigungs-Vorschriften unterworfen werden, die im Ursprungslande auf deutsche Waaren Anwendung finden. Anträge der Freisinnigen und Sozialdemokraten wollen diesen Absatz 2 streichen. Ein dritter Absatz endlich läßt alle diese Retorsionsmaßregeln durch kaiserliche Verordnung nach Zustimmung des Bundesraths in Kraft treten, behält aber dem Reichstage die letzte Entscheidung über Wegfall oder Fortdauer der Retorsionszölle bezw. Kampfzölle vor. — Abg. Pachnicke (freis. Volksp.) begründet seinen Antrag, worauf Abg. Dr. Barth Vertagung beantragt. Bei der Abstimmung hierüber zeigte sich die Linke sehr stark im Verhältniß zu Konservativen und Centrum vertreten. Während Vicepräsident Büsing mit den Schriftführern konferirt, strömen jedoch Mitglieder der Mehrheit, durch Glockenzeichen herbeigerufen, herein. Erst langsam, dann, nachdem der Präsident erklärt, das Bureau sei zweifelhaft, es müsse deshalb Gegenprobe erfolgen, in ausreichender Anzahl, sodaß der Antrag für abgelehnt erklärt werden muß. — Abg. Singer (Soz.): Zur Geschäftsordnung! Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß die Abstimmung diesmal ungewöhnlich lange gedauert hat. (Sehr richtig! Links.) — Vicepräsident Büsing: Wenn darin ein Vorwurf für mich liegen soll, so kann ich nur feststellen, daß das Bureau, das ich befragt, zweifelhaft war. — Abg. Singer (Soz.): Ich kann keinen Vorwurf erheben, sondern nur konstatiren, daß die Abstimmung sehr lange gedauert hat. Wenn die Schriftführer zweifelhaft waren, so lag das wohl daran, daß die Herren anderweit beschäftigt waren, so damit, auf den Knopf der Klingel zu drücken, um die Herren, die es nicht der Mühe werth gielten, hier zu sein, schleunigst herbeizurufen. (Heiterkeit links. Unruhe rechts.) — Abg. Dr. Paasche (nat.-lib. als Schriftführer): Bei wichtigen Abstimmungen haben die Schriftführer die Pflicht, die Klingel zu rühren, zumal wenn ein solcher Antrag so unvermuthet kommt, wie das bei dem Barth'schen Antrag der Fall war. (Beifall bei der Mehrheit.) Nachdem Abg. Stadthagen die Anträge der Kommission lebhaft bekämpft hat, wird ein Antrag Spahn auf Vertagung an-

Frische und sterilisirte **Kinder-Milch** (Trocken-Fütterung).
Milchkur-Anstalt „Sanitas" Max Winkler, Zwickauerstr. 28
Hoflieferant Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen von Sachsen.